

Beschluss der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt e.V. vom 26.03.2011:

„So weiter? Aber bitte nicht in der Frauenpolitik!“

Die regierenden Parteien werden aufgefordert, folgende Forderungen in die Koalitionsvereinbarungen und in das Regierungsprogramm aufzunehmen:

1. Mit neuen Strategien und unter Nutzung aller Ressourcen von Frauen und Männern für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt – Erarbeitung und kontinuierliche Umsetzung eines durch Beschluss des Landtages wirksamen Rahmenprogrammes für mehr Gerechtigkeit in unserem Land.
2. Besetzung des Dienstpostens Landesbeauftragte für Gleichstellung und Frauenpolitik (LBGF) mit höchster Anbindung sowie personeller und finanzieller Ausstattung (in der Staatskanzlei), zur Unterstützung der Landesregierung bei der Durchsetzung des Verfassungsauftrages zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und der Beseitigung bestehender Nachteile.
3. Einsetzen eines eigenständigen Landtagsausschusses für Gleichstellung und Frauenpolitik.
4. Fortsetzung und Forcierung der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder auf der Grundlage eines zu erarbeitenden 2. Landesprogramms, einschließlich einer gesetzlichen Sicherstellung von Schutz und Hilfe für Opfer von Gewalt und der Einsetzung eines Begleitgremiums.
5. Konsequente inhaltliche Umsetzung des durch die EU geforderten Querschnittziels „Förderung der Chancengleichheit“ im Operationellen Programm der neuen EU-Strukturfondsperiode.
6. Entwicklung von Indikatoren für eine geschlechtergerechte Verteilung aller öffentlichen Mittel des Landes unter Berücksichtigung der Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie der damit verbundenen Zielstellung von mehr Transparenz und Effizienz sowie Bekämpfung von Armut und Korruption.

Magdeburg, 26.03.2011

Beschluss der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats Sachsen-Anhalt e.V.

Gründung einer Arbeitsgruppe „Gender Budgeting“

Die Delegiertenversammlung beauftragt den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. eine Arbeitsgruppe zur Begleitung des Prozesses Gender Budgeting in der Haushaltsführung unter Einbeziehung des Gender Instituts und der gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen zu initiieren.

Die Arbeitsgruppe soll folgende Aufgaben übernehmen:

- Inhaltliche Beobachtung und Begleitung der Einführung des Indikators Gleichstellung in allen Politikfeldern
- Vierteljährliche Berichterstattung über die Entwicklungen und Fortschritte gegenüber dem Vorstand und den Mitgliedsorganisationen.

Magdeburg, 26.03.2011